

## **Rahmenprüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge der Hochschule Bochum (RPO)**

Vom 1. September 2020

**- in der Fassung der Dritten Änderungsordnung vom 20. Juni 2022 -**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 Satz 1 des Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2014 (GV. NRW S. 547), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie vom 14. April 2020 (GV. NRW S. 218) geändert worden ist, erlässt die Hochschule Bochum folgende Rahmenprüfungsordnung:

### **Inhalt:**

#### **I. Allgemeine Regelungen**

- § 1 Geltungsbereich der Rahmenprüfungsordnung
- § 2 Studiengangsprüfungsordnungen; Modulhandbücher
- § 3 Ziel des Studiums; Zweck der Bachelor- und der Masterprüfung; akademischer Grad
- § 4 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen
- § 4a Vertretung der Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
- § 5 Modulstruktur und Leistungspunktesystem
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüferinnen und Prüfer; Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 8 Anerkennung von Leistungen
- § 9 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 9a Anrechnung freiwilliger Vorleistungen
- § 10 Versäumnis; Rücktritt; Täuschung; Ordnungsverstoß

#### **II. Bachelor- und Masterprüfung**

- § 11 Umfang der Bachelor- und der Masterprüfung
- § 12 Zulassung; Durchführung von Prüfungen; Wiederholung
- § 13 Klausurarbeiten
- § 13a Multiple-Choice-Arbeiten
- § 13b Fernaufsicht bei Prüfungen
- § 13c Portfolioprüfungen
- § 14 Mündliche Prüfungen
- § 14a Hausarbeiten; Open-Book-Prüfungen

- § 14b Referate
- § 15 Testate
- § 16 Praxissemester/Praxisphase
- § 17 Fakultatives Auslandsstudium
- § 18 Abschlussarbeit
- § 19 Zulassung zur Abschlussarbeit
- § 20 Ausgabe der Abschlussarbeit; Rückgabe des Themas
- § 20a Verlängerung der Bearbeitungszeit aufgrund von Krankheit; Rücktritt von der Abschlussarbeit
- § 21 Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit; Wiederholung
- § 22 Kolloquium; Wiederholung
- § 23 Zeugnis; Urkunde; Diploma Supplement; Gesamtnote

### **III. Schlussbestimmungen**

- § 24 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 25 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 26 Übergangsregelungen; In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten

## I. Allgemeine Regelungen

### **§ 1 Geltungsbereich der Rahmenprüfungsordnung**

(1) <sup>1</sup>Diese Rahmenprüfungsordnung ersetzt die bisherige Bachelor-Rahmenprüfungsordnung (BRPO) für die Bachelorstudiengänge der Hochschule Bochum vom 16. März 2015, die zuletzt am 14. Mai 2018 geändert worden ist (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 964) und die bisherige Master-Rahmenprüfungsordnung (MRPO) für die Masterstudiengänge der Hochschule Bochum vom 16. März 2015, die zuletzt am 14. Mai 2018 geändert worden ist (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 965), auf. <sup>2</sup>Verweise in Studiengangsprüfungsordnungen auf die BRPO und die MRPO gelten insofern als Verweise auf diese Rahmenprüfungsordnung in der jeweils aktuellen Fassung.

(2) <sup>1</sup>Diese Rahmenprüfungsordnung gilt zusammen mit den jeweiligen Studiengangsprüfungsordnungen gemäß § 2 für alle Studiengänge der Hochschule Bochum mit Ausnahme der über das Institut für Verbundstudien der Fachhochschulen Nordrhein-Westfalens (IfV NRW) im Rahmen des Verbundstudienmodells angebotenen Studiengänge „Wirtschaftsingenieurwesen (B.Sc.)“ und „Management für Ingenieur- und Naturwissenschaften (MBA)“.

### **§ 2 Studiengangsprüfungsordnungen; Modulhandbücher**

(1) <sup>1</sup>Für die einzelnen Studiengänge bestehen Studiengangsprüfungsordnungen nach Maßgabe dieser Rahmenprüfungsordnung. <sup>2</sup>Diese regeln gemäß § 64 Absatz 2 HG insbesondere:

1. Das Ziel des Studiums,
2. den zu verleihenden Hochschulgrad,
3. die Regelstudienzeit und die Termine für die Aufnahme des jeweiligen Studiengangs,
4. die speziellen Zugangsvoraussetzungen,
5. die Prüfungsorgane,
6. die Zahl der Module,
7. den Inhalt, das Qualifikationsziel, die Lehrform, die empfohlenen inhaltlichen Teilnahmevoraussetzungen, die Arbeitsbelastung und die Dauer der Prüfungsleistungen der einzelnen Module,
8. die Voraussetzungen der ggf. in den jeweiligen Studiengang integrierten Auslandssemester, Praxissemester oder Praxisphasen,
9. die Zahl der Prüfungen und die Zuordnung der Prüfungen zu den Modulen,
10. die formalen Voraussetzungen für die Teilnahme an Modulen,
11. die Prüfungsform,
12. die Zahl und die Voraussetzungen für die Wiederholung von Prüfungsleistungen,
13. die formalen Voraussetzungen für die Teilnahme an den Prüfungen der einzelnen Module,
14. den Studienverlauf in Form eines Studienplans als Anlage zur Studiengangsprüfungsordnung.

(2) <sup>1</sup>Die Regelungsgehalte Absatzes 1 Satz 2 Nummern 7 und 11 können auch in den Modulhandbüchern des jeweiligen Studiengangs festgeschrieben sein; in die betreffende Studiengangsprüfungsordnung ist in diesem Fall ein entsprechender Hinweis aufzunehmen.

(2a) <sup>1</sup>Der Erlass, Änderungen oder die Aufhebung von Studiengangsprüfungsordnungen erfolgen auf Beschluss des zuständigen Fachbereichsrats oder der zuständigen Fachbereichsräte bzw. beschließender Ausschüsse; die Regelungen zum Studienbeirat in der jeweiligen Ordnung des Fachbereichs sind zu beachten. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für die Modulhandbücher. <sup>3</sup>Das Erfordernis der Genehmigung durch das Präsidium bleibt hiervon unberührt.

(3) <sup>1</sup>Die Studiengangsprüfungsordnungen können die Regelungen dieser Rahmenprüfungsordnung spezifizieren und abweichende Regelungen vorsehen, sofern diese den Bestimmungen des Hochschulgesetzes nicht widersprechen. <sup>2</sup>Abweichungen im Sinne von Satz 1 erfolgen unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den entsprechenden Paragraphen dieser Rahmenprüfungsordnung.

(4) <sup>1</sup>Für neu errichtete oder curricular umgestaltete Studiengänge sehen die Studiengangsprüfungsordnungen Regelungen dazu vor, in welchen konkreten Semestern die vorgesehenen Lehrveranstaltungen erstmals stattfinden (Aufwuchsregelung).

### **§ 3 Ziel des Studiums; Zweck der Bachelor- und der Masterprüfung; akademischer Grad**

(1) <sup>1</sup>Das Studium soll den Studierenden unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden, zu kritischer Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden.

(2) <sup>1</sup>Das zur Bachelorprüfung führende Studium vermittelt den Studierenden allgemeine wissenschaftliche bzw. technische, betriebswirtschaftliche und künstlerische Grundlagen und Spezialwissen in ausgewählten Anwendungsgebieten. <sup>2</sup>Durch fachübergreifende Lehrveranstaltungen sollen die Studierenden die Fähigkeit zu interdisziplinären Problemlösungen erhalten.

(3) <sup>1</sup>Das zur Masterprüfung führende Studium vermittelt den Studierenden vertiefte wissenschaftliche bzw. technische, betriebswirtschaftliche und künstlerische Grundlagen und weiterführendes Spezialwissen in ausgewählten Anwendungsgebieten. <sup>2</sup>Durch fach- und systemübergreifende Lehrveranstaltungen sollen die Studierenden die Fähigkeit zu interdisziplinären Problemlösungen erhalten.

(4) <sup>1</sup>In den Bachelorstudiengängen wird aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung der entsprechende Bachelorgrad als erster berufsqualifizierender Abschlussgrad verliehen, in den Masterstudiengängen der entsprechende Mastergrad.

(5) <sup>1</sup>Der jeweilige Masterabschluss ist gemäß § 67 Abs. 4 HG Zugangsvoraussetzung zu einem Promotionsverfahren nach Maßgabe der jeweiligen Promotionsordnung.

### **§ 4 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen**

(1) <sup>1</sup>Voraussetzung für die Aufnahme eines Bachelorstudiengangs ist die Fachhochschulreife oder eine mindestens als gleichwertig anerkannte Vorbildung. <sup>2</sup>Zusätzlich kann der Nachweis einer praktischen Tätigkeit und/oder der Nachweis einer studiengangbezogenen besonderen Vorbildung und/oder einer künstlerischen oder sonstigen Eignung gefordert werden.

(2) <sup>1</sup>Mindestens die Hälfte eines geforderten Praktikums ist in der Regel vor Aufnahme des Bachelorstudiums abzuleisten und bei der Einschreibung nachzuweisen. <sup>2</sup>Die fehlende Zeit des Praktikums ist spätestens bis zum Beginn des dritten Studiensemesters nachzuholen. <sup>3</sup>Die Dauer dieser praktischen Tätigkeit wird auf die Regelstudienzeit nicht angerechnet.

(3) <sup>1</sup>Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die Qualifikation für das Bachelorstudium durch das Zeugnis der Fachhochschulreife einer Fachoberschule erworben hat. <sup>2</sup>Studienbewerberinnen oder Studienbewerber, die

die Qualifikation für das Studium auf andere Weise erworben haben, müssen das Praktikum erbringen. <sup>3</sup>Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. <sup>4</sup>Im Zweifelsfall entscheidet die oder der für das Praktikum zuständige Professorin oder Professor; ist hierfür niemand besonders bestellt, entscheidet die Dekanin bzw. der Dekan.

(4) <sup>1</sup>Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums in einem Masterstudiengang ist ein qualifizierter Abschluss eines fachlich entsprechenden Bachelor- oder Diplomstudiengangs oder eines fachlich vergleichbaren Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule. <sup>2</sup>Die Feststellung trifft der Prüfungsausschuss.

(5) <sup>1</sup>Der Zugang zu einem Masterstudiengang kann nach Maßgabe der jeweiligen Studiengangsprüfungsordnung von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden.

(6) <sup>1</sup>Studienbewerberinnen und Studienbewerber für deutschsprachige Studiengänge müssen die für ihren Studiengang erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache (§ 49 Absatz 10 HG) besitzen. <sup>2</sup>Das Nähere regelt die Ordnung über die Zulassung internationaler Studienbewerberinnen und Studienbewerber an der Hochschule Bochum in Verbindung mit der jeweiligen Studiengangsprüfungsordnung.

(7) <sup>1</sup>Eine Einschreibung in den jeweiligen Studiengang wird gemäß § 50 Abs. 1 HG NRW versagt, wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber bereits an einer anderen Hochschule in einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe zu dem Studiengang aufweist, für den die Einschreibung beantragt wird, eine nach der jeweiligen Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden hat. <sup>2</sup>Eine Einschreibung ist jedoch möglich, wenn die Prüfung, die endgültig nicht bestanden wurde, nicht zu den Pflichtprüfungselementen des jeweiligen Studiengangs der Hochschule Bochum gehört.

#### **§ 4a Vertretung der Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung**

(1) <sup>1</sup>Die beauftragte Person zur Vertretung der Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung wirkt insbesondere bei der Planung und Organisation der Lehr- und Studienbedingungen und beim Nachteilsausgleich hinsichtlich des Zugangs und der Zulassung zum Studium, hinsichtlich des Studiums und hinsichtlich der Prüfungen mit. <sup>2</sup>Sie behandelt Beschwerden von Betroffenen. <sup>3</sup>Beanstandet die Person eine Maßnahme, hat die Beanstandung aufschiebende Wirkung. <sup>4</sup>Wird keine Abhilfe geschaffen, ist das Präsidium zu beteiligen.

(2) <sup>1</sup>Das Nähere, insbesondere die Zusammenarbeit des Studienbeirats des Fachbereichs bzw. des Fachbereichsrats mit der beauftragten Person, regelt die Ordnung des betreffenden Fachbereichs.

#### **§ 5 Modulstruktur und Leistungspunktesystem**

(1) <sup>1</sup>Studiengänge bestehen aus Modulen. <sup>2</sup>Module sind Zusammenfassungen von Lehr- und Lerngebieten zu thematisch abgerundeten, in sich abgeschlossenen und mit Leistungspunkten versehenen Einheiten. <sup>3</sup>Sie dienen im Rahmen des Studiums dem Kompetenzerwerb und definieren, was Studierende nach Beendigung des Moduls wissen, verstehen und/oder demonstrieren können sollen.

(2) <sup>1</sup>Die Vergabe der Leistungspunkte (Credit Points - CP) basiert auf dem Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen. <sup>2</sup>Das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) dient der quantitativen Bewertung der Studienleistungen der Studierenden. <sup>3</sup>Die Leistungspunkte sind ein Maß für die Arbeitsbelastung durch die Vor- und Nachbearbeitung und den Besuch von Lehrveranstaltungen und die Anfertigung von Übungen, Referaten und anderen von den Studierenden zu erbringenden Leistungen. <sup>4</sup>Sie beziehen sich auch auf den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitung. <sup>5</sup>Mit Ausnahme der Abschlussarbeit, des Kolloquiums und einer ggf. vorgesehenen Praxisphase sollen die Module in der Regel fünf Leistungspunkte oder ein Vielfaches davon umfassen.

(3) <sup>1</sup>Module schließen in der Regel nach einem Semester oder nach einem Studienjahr mit nur einer Prüfung ab. <sup>2</sup>In besonders begründeten Fällen können die Studiengangsprüfungsordnungen Module vorsehen, die sich über mehrere Semester erstrecken. <sup>3</sup>Nach bestandener Prüfung werden die entsprechenden Leistungspunkte gutgeschrieben und getrennt von den erzielten Prüfungsnoten ausgewiesen.

(4) <sup>1</sup>Die Zulassung zur Teilnahme an den Veranstaltungen eines Moduls kann von bestimmten Voraussetzungen, insbesondere von der erfolgreichen Teilnahme an einem anderen Modul oder an mehreren anderen Modulen abhängig gemacht werden.

(5) <sup>1</sup>Ein Leistungspunkt im Rahmen des European Credit Transfer and Accumulation Systems (ECTS) entspricht einem Workload von 30 Stunden, in Verbundstudiengängen einem Workload von 25 Stunden.

## § 6 Prüfungsausschuss

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation der Prüfungen und die weiteren durch diese Rahmenprüfungsordnung oder eine Studiengangsprüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist für einen Studiengang ein Prüfungsausschuss zu bilden. <sup>2</sup>Die Verantwortung der Dekanin oder des Dekans nach § 27 Absatz 1 Satz 2 HG bleibt unberührt. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss ist in seinen Entscheidungen unabhängig.

(2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss besteht grundsätzlich aus

- a) vier Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, darunter einer oder einem Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertretung,
- b) einem Mitglied der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 11 Absatz 1 Nummer 2 HG sowie
- c) zwei studentischen Mitgliedern.

<sup>2</sup>Die Studiengangsprüfungsordnung kann eine andere Zusammensetzung regeln, wobei zu gewährleisten ist, dass alle Statusgruppen nach Satz 1 vertreten sind und die Hälfte oder mehr der Mitglieder des Prüfungsausschusses der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehört. <sup>3</sup>Für die Verbundstudiengänge ergibt sich die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses aus der jeweiligen Fachprüfungsordnung.

(3) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende, ihre oder seine Stellvertretung sowie die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat des jeweiligen Fachbereichs, dem der Studiengang zugeordnet ist, gewählt. <sup>2</sup>Die Amtszeit der Mitglieder nach Absatz 2 Satz 1 Buchstaben a und b beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. <sup>3</sup>Die Wahlen sollen unverzüglich nach Konstituierung des aufgrund der Wahlen zu den Gremien und Organen der Hochschule Bochum neu gebildeten Fachbereichsrats erfolgen. <sup>4</sup>Wiederwahl ist zulässig. <sup>5</sup>Mitglieder müssen dem jeweiligen Fachbereich angehören. <sup>6</sup>Ausnahmen bezüglich der Zugehörigkeit zum Fachbereich sind zulässig, diese sind in den Studiengangsprüfungsordnungen zu regeln. <sup>7</sup>Ist bei Ablauf der Amtszeit noch kein neues Mitglied bestimmt, übt das bisherige Mitglied sein Amt weiter aus. <sup>8</sup>Beim Ausscheiden

einzelner Mitglieder erfolgt eine Nachwahl. <sup>9</sup>Das Ende der Amtszeit eines nachträglich gewählten Mitgliedes bestimmt sich so, als ob es sein Amt rechtzeitig angetreten hätte.

(4) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Rahmenprüfungsordnung und der Studiengangsprüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. <sup>2</sup>Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss berichtet dem Fachbereichsrat auf eigene Initiative oder auf Nachfrage und gibt Anregung zur Reform der Studiengangsprüfungsordnung und des Studienverlaufsplans. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

(5) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. <sup>3</sup>Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten. <sup>4</sup>An den Beratungen und Abstimmungen des Prüfungsausschusses können auf Einladung der oder des Vorsitzenden Gäste teilnehmen, die gleichermaßen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. <sup>5</sup>Gäste sind redeberechtigt, sie sind nicht antrags- oder stimmberechtigt.

(6) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder deren oder dessen Stellvertretung und zwei weiteren Mitgliedern der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist. <sup>2</sup>Sollte eine Studiengangsprüfungsordnung eine andere Zusammensetzung des Prüfungsausschusses vorsehen als in Absatz 2, so kann der Prüfungsausschuss durch Regelung in seiner Geschäftsordnung oder durch Beschluss unter Berücksichtigung der Mehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eine modifizierte Regelung zur Beschlussfähigkeit treffen. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden, bei deren oder dessen Abwesenheit die Stimme der Stellvertretung.

(7) <sup>1</sup>Die Mitglieder nehmen an der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, welche ihre eigene Prüfung betreffen, nicht teil.

(8) Über die Beratungen und Beschlüsse des Prüfungsausschusses wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt.

(9) <sup>1</sup>Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seiner oder seines Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>2</sup>Dem Prüfling ist vorher Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern, soweit dies nicht bereits in einem begründeten Antrag erfolgte. <sup>3</sup>§ 2 Absatz 3 Nummer 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG), insbesondere über die Ausnahme von der Anhörungs- und Begründungspflicht bei Beurteilungen wissenschaftlicher oder künstlerischer Art, bleibt unberührt.

(10) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. <sup>2</sup>Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich im selben Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

## § 7 Prüferinnen und Prüfer; Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) <sup>1</sup>Zur Abnahme von Prüfungen sind
1. die an der Hochschule Lehrenden oder
  2. in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen, soweit dies zur Erreichung des Prüfungszwecks erforderlich oder sachgerecht ist,
- befugt. <sup>2</sup>Sie müssen mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.
- (2) <sup>1</sup>Die oder der an der Hochschule Lehrende ist gleichzeitig auch Erstprüferin oder Erstprüfer für die zur Lehrveranstaltung gehörenden Teil- oder Modulprüfung. <sup>2</sup>Die oder der Prüfungsausschussvorsitzende bestellt die Zweitprüferinnen oder Zweitprüfer und Beisitzerinnen und Beisitzer. <sup>3</sup>Im Verhinderungsfall bestellt die oder der Prüfungsausschussvorsitzende auch die Erstprüferin bzw. den Erstprüfer. <sup>4</sup>Die Regelungen in § 18 Abs. 2 und in § 21 Abs. 4 und 5 sind zu beachten.
- (3) <sup>1</sup>Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (4) <sup>1</sup>Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt.

## § 8 Anerkennung von Leistungen

- (1) <sup>1</sup>Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien, in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlichen anerkannten Hochschulen oder in einem anderen Studiengang an derselben Hochschule erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden; eine Prüfung der Gleichwertigkeit findet nicht statt. <sup>2</sup>Das Gleiche gilt hinsichtlich Studienabschlüssen, mit denen Studiengänge im Sinne des Satzes 1 abgeschlossen worden sind. <sup>3</sup>Grundlage für die Entscheidung über eine Anerkennung sind die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten. <sup>4</sup>Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die Leistungen bereitzustellen, die Gegenstand des Antrags auf Anerkennung sind. <sup>5</sup>Ein eventueller Nachweis eines wesentlichen Unterschieds nach Satz 1 ist auf Verlangen der antragstellenden Person nachvollziehbar und hinreichend detailliert schriftlich zu begründen; wird die Anerkennung versagt, kann sie eine Überprüfung der Entscheidung durch das Präsidium beantragen. <sup>6</sup>Eine Kennzeichnung der anerkannten Leistungen in den Abschlussdokumenten erfolgt nicht.
- (2) <sup>1</sup>Über die Anerkennung bzw. über die Feststellung wesentlicher Unterschiede entscheidet der jeweilige für den Studiengang zuständige Prüfungsausschuss, im Zweifel nach Anhörung einer oder eines für die Fächer zuständigen Prüferin oder Prüfers, innerhalb einer Frist von 6 Wochen. <sup>2</sup>Die Frist beginnt ab dem Zeitpunkt, an dem alle für eine Entscheidung erforderlichen Unterlagen oder Informationen vorliegen.
- (3) <sup>1</sup>Bei der Anerkennung wird die jeweilige Modulnote in den Leistungsnachweis der oder des Antragstellers übernommen; erforderlichenfalls wird die Note in das Notensystem gemäß § 9 umgerechnet. <sup>2</sup>Ist bei der Prüfungsleistung eine Modulnote nicht ausgewiesen, erfolgt die Anerkennung mit dem Eintrag „50 %“.
- (4) <sup>1</sup>Sofern die Anerkennung als Grundlage für die Einstufung in ein bestimmtes Fachsemester dient (Hochschulwechslerinnen und Hochschulwechsler bzw. Studiengangwechslerinnen und Studiengangwechsler), kann der Antrag nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bewerbung um einen Studienplatz bzw. der Einschreibung oder dem Wechsel in einen Studiengang gestellt werden.



(5) <sup>1</sup>Auf Antrag können auch sonstige gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden; der Gesamtumfang der Anerkennung dieser gleichwertigen Kenntnisse und Qualifikationen ist auf 50 % aller für einen Studiengang vorgesehenen Leistungspunkte beschränkt. <sup>2</sup>Eine Kennzeichnung der anerkannten Leistungen in den Abschlussdokumenten erfolgt nicht.

(6) <sup>1</sup>Vorbehaltlich einer anderen Regelung in einer Studiengangsprüfungsordnung können Studierende in Masterstudiengängen, die sich an der Ruhr Master School (RMS) beteiligen, im Rahmen der festgelegten Kapazitätsgrenzen ausgewiesene Wahlpflichtmodule an den beteiligten Hochschulen mit einer Prüfungsleistung abschließen. <sup>2</sup>Der Umfang der entsprechenden Leistungen im Wahlpflichtbereich, die nicht im Rahmen des Ersthörer-Studiengangs erbracht werden, darf zusammen mit hochschulintern im Rahmen der RMS freigegebenen Wahlpflichtfächern bis zu 18 ECTS-Leistungspunkte umfassen. <sup>3</sup>Die beteiligten Hochschulen legen in einem Katalog das hochschulübergreifende Angebot und den Zugang der Wahlpflichtmodule für den jeweiligen Studiengang fest und veröffentlichen dies im Webauftritt der RMS. <sup>4</sup>RMS-Module werden in den Abschlussdokumenten gemäß § 23 an geeigneter Stelle ausgewiesen.

## **§ 9 Bewertung von Prüfungsleistungen**

(1) <sup>1</sup>Prüfungsleistungen werden durch Prozente differenziert beurteilt. <sup>2</sup>Die Prozente für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer festgesetzt. <sup>3</sup>Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüferinnen oder Prüfern oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers abgenommen. <sup>4</sup>Prüfungsleistungen in schriftlichen oder mündlichen Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird (insbes. Kolloquium), und in Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten.

(1a) <sup>1</sup>Unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

(2) <sup>1</sup>Sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) <sup>1</sup>Für die Bewertung der Prüfungsleistungen werden folgende Prozente verwendet:

Prozente	(Modul)Note	Bewertung	
≥ 95 bis 100	1,0	sehr gut	Eine hervorragende Leistung
≥ 90 bis < 95	1,3		
≥ 85 bis < 90	1,7	gut	Eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
≥ 80 bis < 85	2,0		
≥ 75 bis < 80	2,3		
≥ 70 bis < 75	2,7	befriedigend	Eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
≥ 65 bis < 70	3,0		
≥ 60 bis < 65	3,3		
≥ 55 bis < 60	3,7	ausreichend	Eine Leistung, die trotz Mängeln noch den Anforderungen genügt
≥ 50 bis < 55	4,0		
< 50	5,0	nicht ausreichend (nicht bestanden)	Eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

<sup>2</sup>Mit Prozenten bewertete Prüfungsleistungen werden entsprechend der Tabelle in Modulnoten umgerechnet.

(4) <sup>1</sup>Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt ein rechnerischer Wert

bis	1,5		die Note "sehr gut",
über	1,5	bis 2,5	die Note "gut",
über	2,5	bis 3,5	die Note "befriedigend",
über	3,5	bis 4,0	die Note "ausreichend".

<sup>2</sup>Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(5) <sup>1</sup>Besteht die Prüfung aus mehreren Teilprüfungen, so wird die Modulnote erst nach Ablegen des letzten Prüfungsteils aus dem arithmetischen Mittel der mit den Leistungspunkten gewichteten Prozente der einzelnen Teilprüfungen ermittelt. <sup>2</sup>Im Übrigen gelten für die Bewertung von Teilprüfungen die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(6) <sup>1</sup>Wenn eine Prüfung mindestens mit „50 %“ oder eine unbenotete Prüfungsleistung mit „bestanden“ bewertet wurde, werden der Kandidatin oder dem Kandidaten die der Prüfung zugeordneten und in der jeweiligen Anlage zur Studiengangsprüfungsordnung ersichtlichen Leistungspunkte zuerkannt.

### § 9a Anrechnung freiwilliger Vorleistungen

(1) <sup>1</sup>Bei den Prüfungsformen mit Ausnahme der Portfolioprfung (§ 13c) kann die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer vorsehen, dass bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses gem. § 9 freiwillig erbrachte Vorleistungen mit einem Wert von maximal 25 Prozentpunkten angerechnet werden (Prüfungsbonus). <sup>2</sup>Die Studiengangsprüfungsordnung kann zudem vorsehen, dass eine freiwillige Vorleistung nur dann angerechnet wird, wenn die betreffende Prüfung mit einem Wert von mindestens 40 vom Hundert bewertet ist; die Regelungen sind auch im Modulhandbuch anzugeben. <sup>3</sup>Die Prüferin oder der Prüfer sorgt für eine Gleichbehandlung aller Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten.

(2) <sup>1</sup>Eine Berücksichtigung freiwilliger Vorleistungen ist im Modulhandbuch anzugeben. <sup>2</sup>Die Bestimmungen des § 2 Abs. 2a sind zu beachten.

(3) <sup>1</sup>Die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer legt fest, welcher Prozentanteil der für das Modul vorgesehenen schriftlichen Klausurarbeit bzw. mündlichen Prüfung hinzugewonnen werden kann und für welche erzielte Leistung wie viel Prüfungsbonus gewährt wird. <sup>2</sup>Die Anzahl und die Art der bonusfähigen Aufgaben sowie den Korrektur- und Bewertungsmodus gibt sie oder er den Studierenden spätestens drei Wochen nach Vorlesungsbeginn bekannt; dies ist zu dokumentieren.

(4) <sup>1</sup>Ein Prüfungsbonus gilt nur für den Prüfungsversuch in dem Semester, in dem er erworben wurde. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für Module, die sich über mehr als ein Semester erstrecken.

### **§ 10 Versäumnis; Rücktritt; Täuschung; Ordnungsverstoß**

(1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „0 %“ („nicht ausreichend“) oder eine unbenotete Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem verbindlichen Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. <sup>2</sup>Dasselbe gilt, wenn eine zeitlich befristete schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht oder nicht fristgerecht zum vorgegebenen Abgabetermin eingereicht wird.

(2) <sup>1</sup>Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Bei Erkrankung der Kandidatin oder des Kandidaten ist die Vorlage des Originals einer ärztlichen Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit erforderlich, die spätestens an demselben Tag ausgestellt ist bzw. wurde, an dem die Prüfung stattfindet bzw. stattfand; dies gilt auch für Prüfungen in den Nachmittags- und Abendstunden oder an Samstagen, ggf. ist die ärztliche Bescheinigung einer Notdienst- oder Notfalleinrichtung beizubringen. <sup>3</sup>Entsprechendes gilt auch bei Erkrankung der Kandidatin oder des Kandidaten nach Prüfungsantritt. <sup>4</sup>Die Bescheinigung nach Satz 2 muss dem Prüfungsamt spätestens sieben Kalendertage nach dem Tag der Prüfung im Original vorliegen. <sup>5</sup>Erkennt das Prüfungsamt die Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis nicht an, wird dies der Kandidatin oder dem Kandidaten in der Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides mitgeteilt.

(3) <sup>1</sup>Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit 0 % („nicht ausreichend“) oder bei einer unbenoteten Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet. <sup>2</sup>Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer bzw. der oder dem jeweiligen Aufsichtsführenden, in der Regel nach Abmahnung, von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit 0 % („nicht ausreichend“) oder bei einer unbenoteten Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet. <sup>3</sup>Die Gründe für den Ausschluss werden aktenkundig gemacht. <sup>4</sup>Wird die Kandidatin oder der Kandidat von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann sie oder er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. <sup>5</sup>Dies gilt entsprechend bei Feststellung durch eine Prüferin oder einen Prüfer bzw. durch eine oder einen Aufsichtsführenden gemäß Satz 1.

(4) <sup>1</sup>Täuschungshandlungen sind insbesondere Abschreiben, das Gestatten des Abschreibens, unerlaubte Gespräche mit anderen zu prüfenden Personen oder Dritten und das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel, nachdem die Prüfungsaufgabe und die zugelassenen Hilfsmittel bekannt gegeben worden sind.

(5) <sup>1</sup>Täuschungshandlungen sind auch gegeben, wenn falsche oder gefälschte Unterlagen vorgelegt werden oder wenn das Prüfungsamt über eine an der Hochschule erbrachte Prüfungsleistung getäuscht wird.

(6) <sup>1</sup>Entscheidungen des Prüfungsausschusses werden der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitgeteilt und begründet. <sup>2</sup>Vor der Entscheidung wird ihr oder ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

## II. Bachelor- und Masterprüfung

### § 11 Umfang der Bachelor- und der Masterprüfung

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor- und die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitenden benoteten oder unbenoteten Prüfungen, ggf. den Testaten, der Abschlussarbeit und ggf. dem Kolloquium.
- (2) <sup>1</sup>Die Prüfungsanforderungen sind an den in der Modulbeschreibung dargestellten Lernergebnissen und dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die für das betreffende Modul vorgesehen sind.

### § 12 Zulassung; Durchführung von Prüfungen; Wiederholung

(1) <sup>1</sup>An den Prüfungen der Module des jeweiligen Studiengangs kann nur teilnehmen, wer an der Hochschule Bochum in diesen Studiengang eingeschrieben oder als ZweithörerIn bzw. Zweithörer zugelassen ist; Entsprechendes gilt für das Erlangen von Testaten.

(2) <sup>1</sup>Die Zulassung zu einer Prüfung kann von der Erbringung von Prüfungsleistungen anderer Module oder von anderen Testaten abhängig gemacht werden; Entsprechendes für das Erlangen von Testaten.

(2a) <sup>1</sup>Die Zulassung zu einer Prüfung kann auch von einer Anwesenheitsverpflichtung abhängig gemacht werden. <sup>2</sup>Anwesenheitsverpflichtungen für Studierende als Teilnahmevoraussetzung für Modulprüfungen i. S. d. § 64 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 HG können für Lehrveranstaltungen in der betreffenden Studiengangsprüfungsordnung verankert werden, wenn zur Erreichung des im Modulhandbuch festgeschriebenen Lernziels ein überwiegend diskursiver Charakter einer Lehrveranstaltung zwingend erforderlich ist (z. B. fachinhaltlich geprägte Sprachkurse) und mildere Mittel zur Erreichung dieses Lernziels nicht zur Verfügung stehen. <sup>3</sup>Das Aussprechen einer Anwesenheitsverpflichtung durch die oder den jeweiligen Lehrenden mit Ausnahme der Fälle, in denen die Studiengangsprüfungsordnung eine Anwesenheitsverpflichtung für die betreffende Lehrveranstaltung vorsieht, ist ausgeschlossen. <sup>4</sup>Anwesenheitszeiten werden auf in Folgesemestern stattfindende Lehrveranstaltungsstunden derselben Lehrveranstaltung nicht angerechnet. <sup>5</sup>Studierende, die die Anwesenheitsverpflichtung nicht erfüllen, sind von der Teilnahme an der zur Lehrveranstaltung gehörenden Modulprüfung oder Teilmodulprüfung ausgeschlossen; eine bereits vorgenommene Prüfungsanmeldung wird in diesem Fall vom Prüfungsausschuss zurückgenommen. <sup>6</sup>Das Nähere zur Erfüllung der Anwesenheitsverpflichtung regelt die jeweilige Studiengangsprüfungsordnung.

(2b) <sup>1</sup>Eine Anwesenheitsverpflichtung Studierender besteht ungeachtet Absatz 2a in den vom Institut für Studienerfolg und Didaktik angebotenen bzw. durchgeführten Lehrveranstaltungen, in denen bestimmte Schlüsselkompetenzen (Soft Skills) vermittelt werden, sofern diese im Curriculum des betreffenden Studiengangs im Pflicht- oder Wahlpflichtbereich verankert sind und die Voraussetzungen im Sinne des Absatzes 2a Satz 2 erfüllen. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn die Veranstaltungen zwar nicht curricular verankert sind, die Teilnahme jedoch mit einer Prüfungsleistung verknüpft werden soll. <sup>3</sup>Die betreffenden Lehrveranstaltungen werden im Falle einer Anwesenheitsverpflichtung in einem vom ISD zu erstellenden und auf seinen Internetseiten zu veröffentlichenden Modulkatalog entsprechend gekennzeichnet. <sup>4</sup>Die Prüfungen in den betreffenden Modulen kann die oder der Studierende nur ablegen, wenn sie oder er maximal ein Viertel der Veranstaltungszeit abwesend war; dies gilt auch für Blockveranstaltungen. <sup>5</sup>§ 10 Abs. 2 Rahmenprüfungsordnung gilt entsprechend. <sup>6</sup>Die Anwesenheit wird von der Dozentin oder dem Dozenten der Lehrveranstaltung im Rahmen des datenschutzrechtlich Zulässigen nachgehalten. <sup>7</sup>Sofern die in Satz 4 genannte Voraussetzung nicht

erfüllt ist, wird eine bereits vorgenommene Prüfungsanmeldung vom Prüfungsausschuss zurückgenommen.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschussvorsitzende legt in Zusammenarbeit mit den Prüferinnen und Prüfern zu Beginn der Lehrveranstaltungen die Prüfungsformen verbindlich fest, sofern die Studiengangsprüfungsordnung oder das Modulhandbuch alternative Prüfungsformen vorsieht. <sup>2</sup>Die Prüfungszeiträume werden in Abstimmung mit dem Prüfungsamt hochschulweit terminiert und zu Beginn des jeweiligen Semesters bekannt gegeben; die in die Prüfungszeiträume eingebetteten Prüfungstermine werden vom Prüfungsamt spätestens sechs Wochen vor dem jeweiligen Prüfungszeitraum festgelegt und bekannt gegeben.

(3a) <sup>1</sup>Melden sich zu einer Prüfung, für die eine Klausurarbeit als Prüfungsform festgelegt ist, nur wenige Studierende an, so kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Prüferin oder dem Prüfer diese Klausurarbeit durch eine mündliche Prüfung ersetzen, sofern keine angemeldete Teilnehmerin bzw. kein angemeldeter Teilnehmer widerspricht. <sup>2</sup>Die Änderung der Prüfungsform wird spätestens zwei Wochen vor dem Termin der Prüfung bekannt gegeben.

(3b) <sup>1</sup>Bei der Abgabe einer im Rahmen einer schriftlichen Prüfungsform erstellten Arbeit, die keine Aufsichtsrarbeit ist, hat die oder der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie oder er ihre oder seine Arbeit selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(4) <sup>1</sup>Die An- und Abmeldungen zu den Prüfungen erfolgen online durch die Studierenden. <sup>2</sup>Durch die Anmeldung zu einer Prüfung wird die Teilnahme an dieser Prüfung verbindlich. <sup>3</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat kann sich ohne Angabe von Gründen bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Termin der Prüfung von dieser Prüfung abmelden. <sup>4</sup>Die Frist für die Prüfungsanmeldungen wird vom Prüfungsamt festgelegt und in hochschulüblicher Weise bekanntgegeben.

(5) <sup>1</sup>Die Prüfungskandidatin oder der Prüfungskandidat muss sich in einer Prüfung auf Verlangen der Prüferin oder des Prüfers bzw. der oder des Aufsichtsführenden mit einer aktuellen Studienbescheinigung und dem Studierendenausweis oder mit einer aktuellen Studienbescheinigung und einem mindestens in lateinischer Schrift ausgestellten amtlichen Lichtbildausweis ausweisen können.

(6) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung im Sinne des § 3 des Inklusionsgrundsatzgesetzes Nordrhein-Westfalen (IGG NRW) und für Studierende, die mutterschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen, nach Möglichkeit ausgeglichen wird. <sup>2</sup>Die Gewährung eines Nachteilsausgleichs erfolgt auf Antrag der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten. <sup>3</sup>Macht die Prüfungskandidatin oder der Prüfungskandidat durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie oder er wegen körperlicher Behinderung oder wegen chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der Prüfungsfristen abzulegen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Rahmen des Nachteilsausgleichs nach Satz 1 die Verlängerung der Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. der Fristen für das Ablegen von Prüfungen bzw. die Erbringung gleichwertiger Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form. <sup>4</sup>Die oder der Prüfungsausschussvorsitzende kann auch eine Benutzung anderer als sonst erlaubter Hilfsmittel, die Zulassung von Hilfspersonen, eine Erhöhung der Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten für eine Prüfung oder eine Modifikation der Voraussetzungen für die Wiederholung einer Prüfung vorsehen. <sup>5</sup>Im Zweifel kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise fordern.

(6a) <sup>1</sup>Ein Antrag auf einen Nachteilsausgleich für eine Prüfung ist über das zuständige Studienbüro bis zum Ende des Anmeldezeitraums für die jeweilige Prüfung zu stellen. <sup>2</sup>Bei Behinderungen

oder chronischen Erkrankungen, bei denen keine wesentliche Änderung des Behinderungs- oder Krankheitsbildes zu erwarten ist, soll ein Antrag einmalig für den gesamten Studienverlauf gestellt werden. <sup>3</sup>Sofern die Hochschule für den Antrag einen bestimmten Vordruck bereitstellt, ist dieser zu verwenden.

(7) <sup>1</sup>Hinsichtlich des Mutterschutzes gelten die entsprechenden Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes. <sup>2</sup>Die Prüfungsverfahren werden so gestaltet, dass die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit ermöglicht wird. <sup>3</sup>Ausfallzeiten durch die Pflege einer Ehegattin oder eines Ehegatten, einer eingetragenen Lebenspartnerin oder eines eingetragenen Lebenspartners oder einer oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflegebedürftig ist, werden berücksichtigt. <sup>4</sup>Dies ist gegenüber der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden auf Verlangen nachzuweisen.

(8) <sup>1</sup>Prüfungsergebnisse werden jeweils spätestens sechs Wochen nach dem Prüfungstermin bekannt gegeben.

(9) <sup>1</sup>Eine Prüfung kann bei Nichtbestehen zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Eine mindestens mit „50 %“ bewertete Prüfungsleistung oder eine mit „bestanden“ bewertete unbenotete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden. <sup>3</sup>Die Bachelor- oder Masterprüfung ist dann endgültig nicht bestanden, wenn eine Prüfung nach drei Versuchen endgültig nicht bestanden worden ist.

### § 13 Klausurarbeiten

(1) <sup>1</sup>Durch die Klausurarbeit soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit vorgegebenen Hilfsmitteln Aufgaben aus dem Lehrgebiet mit den in der Lehrveranstaltung vermittelten Methoden lösen kann.

(2) <sup>1</sup>Eine Klausurarbeit findet

- in schriftlicher Form unter Aufsicht in der Hochschule,
- in elektronischer oder elektronisch gestützter Form unter Aufsicht in der Hochschule oder
- in elektronischer oder elektronisch gestützter Form unter Fernaufsicht

statt. <sup>2</sup>Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet die Prüferin oder der Prüfer.

(3) <sup>1</sup>Die Dauer von Klausurarbeiten wird in der jeweiligen Studiengangsprüfungsordnung bzw. dem Modulhandbuch festgeschrieben, sie darf 60 Minuten nicht unter- und 240 Minuten nicht überschreiten.

(4) <sup>1</sup>Klausuraufgaben werden von einer Prüferin bzw. einem Prüfer oder von mehreren Prüferinnen bzw. Prüfern entsprechend den fachlichen Erfordernissen gestellt. <sup>2</sup>Werden Klausuraufgaben einer Klausur von mehreren Prüferinnen oder Prüfern gestellt, so legen diese die Gewichtung ihrer Klausuranteile vorher fest; sie bewerten die Klausur gemeinsam entsprechend § 9 Abs. 3.

(5) <sup>1</sup>Klausurarbeiten in elektronischer oder elektronisch gestützter Form werden in der Regel von zwei Prüferinnen oder Prüfern erarbeitet. <sup>2</sup>Sie können insbesondere die Bearbeitung von Freitextaufgaben, von Lückentexten oder Zuordnungsaufgaben vorsehen; im Falle der Gestaltung als Multiple-Choice-Arbeit sind die Regelungen des § 13a zu beachten.

(6) <sup>1</sup>Vor der Durchführung einer elektronischen oder in elektronisch gestützter Form durchgeführten Klausurarbeit ist sicherzustellen, dass die elektronischen Daten eindeutig identifiziert sowie unverwechselbar und dauerhaft den Prüfungskandidatinnen oder Prüfungskandidaten zugeordnet werden können. <sup>2</sup>§25 Abs. 1 S. 2 ist zu beachten.

(7) <sup>1</sup>Bei einer Prüfung unter Fernaufsicht erfolgt die Bearbeitung der Prüfungsaufgaben durch die Erstellung einer lokalen Datei auf dem Computer/Notebook/Tablet der oder des Studierenden oder durch Eingabe und Speicherung von Daten direkt im Lehr- bzw. Prüfungsportal; eine Kombination beider Eingabewege ist zulässig. <sup>2</sup>Die Lösung der Prüfungsaufgaben wird spätestens unmittelbar nach dem Ende der Bearbeitungszeit im Portal durch das Hochladen der Ergebnisdatei oder durch das Speichern und Absenden von Eingaben zur Bewertung eingereicht. <sup>3</sup>Die Prüfungsaufgaben können den Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern auch zum Herunterladen (Bildschirmansicht oder Ausdruck) zur Verfügung gestellt werden. <sup>4</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann festlegen, dass Lösungen handschriftlich erstellt und durch Scannen bzw. Fotografieren in eine Ergebnisdatei umgewandelt werden. <sup>5</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann dafür ein geeignetes zu erzeugendes Dateiformat vorgeben.

(8) <sup>1</sup>Ist eine örtlich erstellte Ergebnisdatei in das Lehr- bzw. Prüfungsportal hochzuladen, kann die Prüferin oder der Prüfer für das Abspeichern, ggf. das Scannen und Konvertieren in ein zulässiges Dateiformat sowie die Übertragung der Ergebnisdatei in das Lehr- bzw. Prüfungsportal eine angemessene Upload-Zeit vorsehen, die den Prüflingen vor Beginn der Prüfung mitzuteilen ist. <sup>2</sup>Maßgeblich für den Beginn und das Ende der Prüfung ist die Systemzeit des Lehr- bzw. Prüfungsportals.

(9) <sup>1</sup>Bei einer elektronischen oder in elektronischer Form vorgesehenen Prüfung, die in der Hochschule durchgeführt wird, erfolgt die Bearbeitung der Prüfungsaufgaben durch die Erstellung einer lokalen Datei auf einem Computer der Hochschule oder durch Eingabe und Speicherung von Daten direkt im Lehr- bzw. Prüfungsportal; eine Kombination beider Eingabewege ist zulässig. <sup>2</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann vorsehen, dass die Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten geeignete privateigene Geräte (z. B. Notebook/Laptop, Tablet) mitbringen, die anstelle der Computer der Hochschule verwendet werden; dies ist im Modulhandbuch anzugeben.

(10) <sup>1</sup>Von der Prüfungsaufsichtsperson ist ein Protokoll über den Prüfungsverlauf anzufertigen, das mindestens ihren oder seinen Namen, den der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, Beginn und Ende der Prüfung und eventuelle besondere Vorkommnisse enthält.

### **§ 13a Multiple-Choice-Arbeiten**

(1) <sup>1</sup>Prüfungen können ganz oder teilweise als Multiple-Choice-Arbeiten mit Einfach-Antwortauswahlaufgaben oder mit Mehrfach-Antwortauswahlaufgaben durchgeführt werden. <sup>2</sup>§ 13 Abs. 1 bis 3 und 5 bis 10 gelten entsprechend.

(2) <sup>1</sup>Bei der Formulierung der Prüfungsaufgaben und der Antwortmöglichkeiten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden.

(3) <sup>1</sup>Prüfungen in Form von Multiple-Choice-Arbeiten sind von zwei Prüferinnen oder Prüfern gemeinsam zu erarbeiten. <sup>2</sup>Die Regelung des § 9 Abs. 1 S. 4 ist zu beachten.

(4) <sup>1</sup>Bei der Formulierung der Prüfungsaufgaben für eine Prüfung in Form einer Multiple-Choice-Arbeit ist durch die Prüferin oder den Prüfer vor der Prüfung festzulegen, mit welchem prozentualen Anteil der erreichbaren Punkte die Prüfung bestanden ist und welche Punktzahlen welcher Note entsprechen. <sup>2</sup>Hierfür kann die Prüferin oder der Prüfer eine relative Bestehensgrenze festlegen, wonach die Prüfung bestanden ist, wenn die erreichten Prozentwerte die durchschnittliche Prüfungsleistung aller an der Prüfung teilnehmenden Prüflinge um nicht mehr als einen von ihr oder ihm festzulegenden Prozentsatz unterschreitet. <sup>3</sup>Negative Werte bei der Bewertung einzelner Aufgaben sind unzulässig.



(5) <sup>1</sup>Einzelne Fragen und Aufgaben einer ansonsten nicht als Multiple-Choice-Arbeit durchgeführten Prüfungsleistung, die mit einer Alternative wie „ja“ oder „nein“ bzw. „richtig“ oder „falsch“ zu beantworten sind, insbesondere wenn eine Begründung der Antwort gefordert ist oder bewertet werden kann, stellen keine Prüfung in Form einer Multiple-Choice-Arbeit dar.

### § 13b Fernaufsicht bei Prüfungen

(1) <sup>1</sup>Bei Prüfungen in Form einer Klausurarbeit (§ 13) oder einer Multiple-Choice-Arbeit (§ 13a) kann eine Ablegung in elektronischer oder in elektronisch gestützter Form vorgesehen werden, bei der eine Beaufsichtigung der Prüfung über ein Videokonferenzsystem erfolgt (Fernaufsicht). <sup>2</sup>Die Aufsicht erfolgt zu dem Zweck, Täuschungsversuche zu verhindern bzw. aufzudecken und damit den prüfungsrechtlichen Grundsatz der Chancengleichheit sicherzustellen. <sup>3</sup>Das bei der Fernaufsicht eingesetzte Videokonferenzsystem kann dabei auch zur Feststellung der Identität der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer (Authentifizierung) und für die Klärung von Fragen der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Prüfungsaufgaben stehen, verwendet werden.

(2) <sup>1</sup>Für die Durchführung einer Prüfung in elektronischer oder elektronisch gestützter Form und unter Fernaufsicht gelten nachfolgende besondere Pflichten:

- <sup>2</sup>Die Studierenden sind verpflichtet, sich für die Dauer einer Prüfung allein in einem Raum aufzuhalten. <sup>3</sup>Sie stellen eigenverantwortlich sicher, dass sie in ihrem Aufenthaltsraum während der Prüfung nicht gestört werden, insbesondere nicht durch Anrufe oder Besuche.
- <sup>4</sup>Die Studierenden halten die erforderliche technische Ausstattung für die Prüfung vor. <sup>5</sup>Diese umfasst einen Computer/Notebook/Tablet mit Textverarbeitungs- und Tabellenkalkulationsprogramm, eine ausreichend stabile Internetverbindung für die Dauer der Prüfung sowie ggf. einen Drucker (A4). <sup>6</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann weitere Software vorgeben und zur Verfügung stellen, deren Verwendung zur Bearbeitung bzw. Lösung der Prüfungsaufgaben erforderlich ist.
- <sup>7</sup>Die Aufgaben sind eigenständig zu bearbeiten. <sup>8</sup>Die Studierenden dürfen während der Prüfung nicht mit Dritten kommunizieren und keine anderen als die zugelassenen Hilfsmittel verwenden.
- <sup>9</sup>Wird der häusliche Arbeitsplatz während der Bearbeitungszeit der Prüfung verlassen (z. B. für einen Toilettengang), hat sich die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer bei der Fernaufsichtsperson vorher abzumelden.

<sup>10</sup>Ein Versuch, gegen diese Pflichten zu verstoßen, gilt als Täuschungsversuch und führt zum Nichtbestehen der Prüfung.

(3) <sup>1</sup>Bei der Durchführung einer Prüfung können

- zum Zweck der Authentifizierung im Sinne von Absatz 6 lediglich folgende personenbezogene Daten der Prüflinge verarbeitet werden: Vorname, Nachname, Matrikelnummer, Geburtsdatum und Bild- und Tonaufnahme. <sup>2</sup>Die Verarbeitung erfolgt durch Übertragung (live) des Abbildes des Ausweisdokumentes an die die Fernaufsicht führende Person und durch Übertragung (live) der Audiosignale über das von dem Prüfling verwendete Mikrofon, wobei diese Übertragung unter Ausschluss der von dem Identifizierungsvorgang nicht betroffenen Prüflinge erfolgt. <sup>3</sup>Eine Aufzeichnung oder Speicherung des Abbildes des Ausweisdokumentes ist unzulässig;
- zum Zweck der Fernaufsicht im Sinne von Absatz 9 und 12 lediglich folgende personenbezogenen Daten der Prüflinge verarbeitet werden: Abbild des Gesichts und des Oberkörpers, Bildschirmansicht des für die Prüfung verwendeten Computers oder Endgeräts, Bilder des Arbeitsplatzes und/oder des Prüfungsraumes und Tonübertragung. <sup>4</sup>Die Verarbeitung erfolgt durch Übertragung (live) an die die Fernaufsicht führende Person. <sup>5</sup>Die Hinzuziehung

künstlicher Intelligenz während der Prüfung oder eine automatisierte Auswertung von Bild- oder Tondateien während und nach Ende der Prüfung ist unzulässig. <sup>6</sup>Die Verarbeitung endet mit dem Wegfall des Zwecks, spätestens mit Abgabe der Klausur durch den Prüfling. <sup>7</sup>Eine Aufzeichnung oder Speicherung der Daten während der Prüfungsdurchführung und nach deren Ende ist unzulässig.

(4) <sup>1</sup>Die Hochschule und die Prüferin oder der Prüfer stellen sicher, dass die bei der Durchführung einer Prüfung nach Absatz 1 anfallenden personenbezogenen Daten im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Anforderungen, insbesondere mit der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO), verarbeitet werden.

(5) <sup>1</sup>Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sind von der Prüferin oder dem Prüfer vor Beginn der Prüfung in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form darüber zu informieren, zu welchem Zweck welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden und wann diese wieder gelöscht werden. <sup>2</sup>Auf die Betroffenenrechte nach den Artikeln 12 bis 21 DSGVO ist ausdrücklich hinzuweisen. <sup>3</sup>Vor Beginn der Prüfung sind den Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern insbesondere Hinweise zum ausgewählten Videokonferenzsystem und die entsprechenden Datenschutzhinweise (Informationen nach Art. 13 DSGVO) zuzuleiten oder zugänglich zu machen. <sup>4</sup>Durch die informierte Teilnahme an der Prüfung gilt die Einwilligung der Prüflinge in das Prüfungsverfahren als erteilt.

(6) <sup>1</sup>Die Identität der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten ist zu überprüfen. <sup>2</sup>Vor Beginn oder im Verlauf einer Prüfung kann dies, soweit erforderlich, mit Hilfe eines gültigen Ausweisdokuments erfolgen, das nach Aufforderung der oder dem Fernaufsichtführenden vorzuzeigen ist. <sup>3</sup>Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer können die in dem dafür verwendeten Dokument enthaltenen Angaben, die für die Identitätsprüfung nicht relevant sind, abdecken oder abkleben. <sup>4</sup>Darüber hinaus sind auch Authentifizierungen über die verwendete Lehr- bzw. Prüfungsplattform mittels Zugangsdaten zulässig oder andere geeignete Authentifizierungsverfahren mittels PIN/TAN. <sup>5</sup>Jede Authentifizierung erfolgt unter Ausschluss der übrigen Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer.

(7) <sup>1</sup>Eine Speicherung der im Zusammenhang mit der Authentifizierung verarbeiteten Daten über eine technisch notwendige Zwischenspeicherung hinaus, etwa in Form von Screenshots, ist unzulässig. <sup>2</sup>Personenbezogene Daten aus einer technisch erforderlichen Zwischenspeicherung sind unverzüglich zu löschen.

(8) <sup>1</sup>Die Fernaufsicht ist so zu gestalten, dass der Persönlichkeitsschutz und die Privatsphäre der Betroffenen nur soweit eingeschränkt werden, als es für den berechtigten Aufsichtszweck erforderlich und angemessen ist. <sup>2</sup>Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sind, soweit dies technisch umsetzbar ist, zur Verfremdung des jeweiligen Bildhintergrundes, der als Kamerabild übertragen wird, berechtigt.

(9) <sup>1</sup>Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer werden zum Zweck der Fernaufsicht verpflichtet, die Kamera- und Mikrofonfunktion von geeigneten technischen Endgeräten zu aktivieren. <sup>2</sup>Dabei ist die ständige Sichtbarkeit des Gesichts und Oberkörpers der Prüfungsteilnehmerin oder des Prüfungsteilnehmers zu gewährleisten. <sup>3</sup>Die Mikrofonfunktion soll nur im Zusammenhang mit der Authentifizierung (Absatz 6), bei einem Verdacht auf einen Täuschungsversuch (Absatz 12) oder für die Klärung von Fragen der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Prüfungsaufgaben stehen, zum Einsatz kommen.

(10) <sup>1</sup>Die Fernaufsicht darf grundsätzlich nicht intensiver gestaltet werden als bei Präsenzprüfungen. <sup>2</sup>Die Aufteilung der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer auf mehrere die Fern-

aufsicht führende Personen in eigenen Videokonferenzen bzw. in innerhalb einer Videokonferenz eingerichteten weiteren virtuellen Räumen ist zulässig.

(11) <sup>1</sup>Eine weitere Beaufsichtigung von Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern, die die Prüfung vor dem Ende der Bearbeitungszeit abgegeben haben, erfolgt nicht.

(12) <sup>1</sup>Bestehen Anhaltspunkte für einen Täuschungsversuch, so kann die die Fernaufsicht führende Person während der Prüfung jederzeit verlangen, zur Aufklärung des Sachverhalts die Kamera geeignet zu positionieren, zu fokussieren oder mithilfe eines Kameraschwenks Bilder des Arbeitsplatzes oder des Prüfungsraumes zu übertragen. <sup>2</sup>Sie kann ebenfalls verlangen, die Bildschirmansicht des für die Prüfung verwendeten Endgeräts zu übertragen. <sup>3</sup>Der Sachverhalt ist im Prüfungsprotokoll zu vermerken.

(13) <sup>1</sup>Bei einer technischen Störung auf Seiten der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten nach Prüfungsantritt sind die Prüferin oder der Prüfer und das zuständige Studienbüro unverzüglich zu informieren. <sup>2</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten an den Prüfungsausschuss ist ein Rücktritt von der Prüfung möglich, der Prüfungsversuch gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

### § 13c Portfolioprüfungen

(1) <sup>1</sup>Durch Prüfungsleistungen in Form einer Portfolioprüfung sollen die Studierenden dahingehend überprüft werden, ob sie Wissen in Sachzusammenhängen kontextualisieren und mithilfe einer systematischen Reflektion die eigenen Lernprozesse kritisch hinterfragen können. Dazu erstellen die Studierenden eine Sammlung von Dokumenten (Portfolio), die sie im Veranstaltungsverlauf eigenständig erarbeiten und die so den aktiven Umgang mit Veranstaltungsinhalten dokumentieren. <sup>2</sup>Zudem lenkt die semesterbegleitende Zusammenstellung des Portfolios den Blick auf die eigenen Lernprozesse, um diese bewusster wahrnehmen zu können. <sup>3</sup>Die Portfolioprüfung soll das Bewusstsein der Studierenden für eine kontinuierliche Befassung mit dem Lernstoff über das gesamte Semester hinweg stärken und zur tatsächlichen Umsetzung einer entsprechenden Vorgehensweise anhalten.

(2) <sup>1</sup>Bei einer Portfolioprüfung handelt es sich um eine einheitliche Prüfungsform (Ausgleichsfähigkeit der Prüfungselemente untereinander), in der mindestens zwei und höchstens drei in der Regel unterschiedliche Prüfungselemente (vgl. Beispiele in Abs. 4 Satz 3), stets in Verbindung mit der Erstellung eines Portfolios, semesterbegleitend miteinander kombiniert werden.

(3) <sup>1</sup>Form, Umfang und Gewichtung der vorgesehenen Prüfungselemente einer Portfolioprüfung sind durch Angabe im Modulhandbuch festzulegen. <sup>2</sup>Die Bestimmungen des § 2 Abs. 1a S. 2 sind zu beachten. <sup>3</sup>Die Anzahl der Pflichtmodule innerhalb eines Semesters, für die eine Portfolioprüfung vorgesehen werden kann, ist auf maximal zwei beschränkt.

(4) <sup>1</sup>Näheres zu den in der Portfolioprüfung vorgesehenen Prüfungselementen (Umfang, Bearbeitungszeit, Gestaltung etc.) gibt die Prüferin oder der Prüfer für alle Studierenden einheitlich und verbindlich spätestens drei Wochen nach Vorlesungsbeginn bekannt; dies ist zu dokumentieren. <sup>2</sup>Die Umfänge der möglichen Prüfungselemente sind im Einklang mit dem für das jeweilige Modul festgelegten Workload zu gestalten. <sup>3</sup>In Frage kommen insbesondere:

- Labor-/Werkstattbericht
- Fall- bzw. Fallstudienbearbeitung
- Lösen von Aufgaben
- Protokoll

- Entwurf
- künstlerische Arbeit
- mündliche Rücksprache/Fachgespräch
- Hausarbeit
- Referat
- schriftlicher Test, Online-Test

<sup>4</sup>Die Prüfungsformen „Klausurarbeiten“ (§ 13), „Multiple-Choice-Arbeiten“ (§ 13a) oder „Mündliche Prüfungen“ (§ 14) sollen als Prüfungselemente einer Portfolioprfung in der Regel nicht verwendet werden.

(5) <sup>1</sup>Die Administration der vorgesehenen Prüfungselemente, sowohl organisatorisch als auch hinsichtlich einer etwaigen Verwaltung prüfungselement-bezogener Bewertungen, obliegt der Prüferin oder dem Prüfer. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für die Dokumentation.

(6) <sup>1</sup>Das Portfolio, in das die Prüfungselemente eingebettet werden, enthält als einheitliches Dokument weiterhin mindestens schriftliche Ausführungen der Studierenden zur Reflektion des individuellen Lernprozesses, ggf. zum Praxisbezug und Transfer sowie ein Resümee.

(7) <sup>1</sup>Grundlage der Bewertung der Prüfungsleistung nach § 9 ist das Portfolio in seiner Gesamtheit; für die einzelnen Prüfungselemente werden Teilnoten nicht vergeben. <sup>2</sup>Hinsichtlich des individuellen Lernprozesses darf dessen konkreter Erfolg bzw. Misserfolg nicht Gegenstand der Bewertung sein. <sup>3</sup>Diese hat vielmehr auf die jeweilige Darstellungsleistung den Lernprozess betreffend abzustellen. <sup>4</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann vorsehen, dass die Reflektion einer Bewertung ganz oder teilweise nicht unterliegt.

## § 14 Mündliche Prüfungen

(1) <sup>1</sup>Durch mündliche Prüfungsleistungen soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes und einschlägige Arbeits- und Lösungsmethoden kennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. <sup>2</sup>Ferner soll festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat über breites Grundlagenwissen verfügt.

(2) <sup>1</sup>Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin bzw. einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin bzw. eines sachkundigen Beisitzers oder vor zwei Prüferinnen oder Prüfern abgelegt. <sup>2</sup>Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, werden in einem Protokoll festgehalten. <sup>3</sup>Vor der Festsetzung der Note konsultiert die Prüferin bzw. der Prüfer die Beisitzerin bzw. den Beisitzer oder die anderen Prüferinnen bzw. Prüfer. <sup>4</sup>Das Ergebnis der Prüfung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt gegeben. <sup>5</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann vorsehen, dass die Bekanntgabe der Note erst dann erfolgt, wenn die mündlichen Prüfungen anderer Kandidatinnen und Kandidaten abgelegt sind, die sich in dem Prüfungszeitraum derselben Prüfung in mündlicher Form unterziehen. <sup>6</sup>Wenn der Prüfungszeitraum aus getrennten zeitlichen Abschnitten besteht (z. B. im Anschluss an die Vorlesungszeit eines Semesters und unmittelbar vor Beginn der Vorlesungszeit des Folgesemesters), hat die Notenbekanntgabe spätestens zum Ende des zeitlichen Abschnitts zu erfolgen, in dem die Prüfungen stattgefunden haben.

(3) <sup>1</sup>Mündliche Prüfungen haben eine Dauer von mindestens 15 und höchstens 60 Minuten. <sup>2</sup>Gemeinschaftliche Prüfungen mehrerer Kandidatinnen und Kandidaten (Gruppenprüfungen) sind möglich; die Anzahl der Prüflinge soll dabei vier Personen nicht überschreiten.

(4) <sup>1</sup>Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, können nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat widerspricht. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an die Kandidatin oder den Kandidaten.

(5) <sup>1</sup>Mündliche Prüfungen können unter Zuhilfenahme elektronischer Kommunikationsmittel (Bild- und Tonverbindung, z. B. Videokonferenz oder Videotelefonat) durchgeführt werden. <sup>2</sup>Ein Rechtsanspruch auf Ablegung einer mündlichen Prüfung außerhalb der Hochschule besteht nicht. <sup>3</sup>Die Identität der Kandidatin oder des Kandidaten ist festzustellen; sie oder er kann die in dem dafür verwendeten Dokument enthaltenen Angaben, die für die Identitätsprüfung nicht relevant sind, abdecken oder abkleben.

(6) <sup>1</sup>Erfolgt die Durchführung einer mündlichen Prüfung unter Zuhilfenahme elektronischer Kommunikationsmittel, gelten nachfolgende besondere Pflichten:

1. Die Prüflinge sind verpflichtet, sich für die Dauer der betreffenden mündlichen Prüfung allein in einem Raum aufzuhalten und die erforderliche technische Ausstattung für eine Bild- und Tonverbindung vorzuhalten, sowie eine für die Nutzung der elektronischen Kommunikationsmittel ausreichende Internetverbindung,
2. die Prüflinge stellen sicher, dass sie in ihrem Aufenthaltsraum während der Prüfung nicht gestört werden, insbesondere nicht durch Anrufe oder Besuche; Entsprechendes gilt für die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer,
3. die Prüflinge dürfen während der Prüfung außer mit der Prüferin oder dem Prüfer oder ggf. mit der Beisitzerin oder dem Beisitzer nicht mit anderen Personen kommunizieren und keine anderen als die zugelassenen Hilfsmittel nutzen; ein Versuch, hiergegen zu verstoßen, gilt als Täuschungsversuch und führt zum Nichtbestehen der Prüfung; Prüferinnen und Prüfer sollen im Falle eines begründeten Täuschungsverdachts die Prüfung unterbrechen und die Studierenden anhören; den Studierenden ist die Möglichkeit einzuräumen, den Täuschungsverdacht zu entkräften, indem sie durch eine geeignete Ausrichtung der Kamera eine Kontrolle des Raumes auf weitere Personen oder auf nicht zugelassene Hilfsmittel ermöglichen; der Täuschungsverdacht und der weitere Ablauf sind im Prüfungsprotokoll zu dokumentieren,
4. alle Prüfungsbeteiligten sind verpflichtet, ggf. auftretende technische Störungen schnellstmöglich zu beseitigen; die Prüfung wird für die Dauer einer Störung unterbrochen, Art und Dauer der Störung werden im Prüfungsprotokoll vermerkt; im Falle einer kurzzeitigen Unterbrechung soll die Prüfung nach dem Ende der Störung fortgesetzt werden; im Falle längerer oder mehrfacher Störungen soll die Prüfung abgebrochen werden; bei Prüfungsabbruch gilt die Prüfung als nicht unternommen, sofern die Störung nicht von der oder dem Studierenden zu vertreten ist; die Entscheidung über eine Fortsetzung oder einen Abbruch der Prüfung trifft die Prüferin oder der Prüfer,
5. eine Aufzeichnung oder eine Übertragung der mündlichen Prüfung an Dritte, auch auszugsweise, ist allen Prüfungsbeteiligten untersagt; der Prüferin oder dem Prüfer ist jedoch die bildliche Dokumentation (z. B. Screenshot) von während der mündlichen Prüfung in Text- oder Schriftform getätigter Antworten auf Prüfungsfragen (z. B. Handskizzen, Textbeiträge im Chat, Lösung von Rechenaufgaben, mittels Abstimmungsfunktion getätigte Auswahl unter mehreren Antwortmöglichkeiten) gestattet. <sup>2</sup>Fertigt die Prüferin oder der Prüfer eine entsprechende bildliche Dokumentation an, hat sie oder er dabei sicherzustellen, dass weder das Abbild des Prüflings noch andere außerhalb der in Text- oder Schriftform getätigten Antworten vorhandene personenbezogene Daten im Umfeld des Prüflings dokumentiert werden. Die bildliche Dokumentation ist mit Wegfall des Zwecks, für den sie angefertigt wurde, zu löschen.

## § 14a Hausarbeiten; Open-Book-Prüfungen

- (1) <sup>1</sup>Durch die Erstellung einer Hausarbeit soll die Kandidatin bzw. der Kandidat nachweisen, dass sie oder er sich in ein Thema selbstständig einarbeiten kann, sachliche Zusammenhänge strukturiert sowie den Stand der wissenschaftlichen Diskussion schriftlich darzustellen vermag und darin ggf. eigene Positionen finden, darlegen und begründen kann. <sup>2</sup>Dies umfasst die Fähigkeit zur Literaturrecherche und das Vermögen, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen.
- (2) <sup>1</sup>Die Hausarbeit kann auch praktische Bearbeitungselemente enthalten.
- (3) <sup>1</sup>Die Hausarbeit kann mit einer Präsentation über deren wesentliche Inhalte oder mit einer mündlichen Prüfung verknüpft werden; im Falle der Verknüpfung mit einer mündlichen Prüfung sind die Regelungen des § 14 sind zu beachten. <sup>2</sup>Das Nähere regelt die jeweilige Studiengangsprüfungsordnung.
- (4) <sup>1</sup>Eine Hausarbeit kann auch in elektronischer oder elektronisch gestützter Form als onlinebasierte Open-Book Prüfung, ggf. mit einer Bearbeitungszeit von wenigen Tagen oder Stunden, vorgesehen werden; die Bearbeitungszeit soll 60 Minuten nicht unterschreiten. <sup>2</sup>Eine Open-Book-Prüfung ist eine Prüfung, die die Studierenden ohne das Erfordernis der Präsenz in der Hochschule einzeln und eigenständig ablegen. <sup>3</sup>Sie erfolgt in Textform oder telekommunikativ übertragener Schriftform.
- (5) <sup>1</sup>Die Durchführung erfolgt über die von der Hochschule freigegebenen Systeme, z. B. über die online Lehr- und Prüfungsplattformen Moodle oder EvaExam.
- (6) <sup>1</sup>Grundsätzlich sind alle Hilfsmittel erlaubt, es sei denn, die Prüferin oder der Prüfer schränkt die erlaubten Hilfsmittel ein. <sup>2</sup>Die zugelassenen Hilfsmittel sind rechtzeitig vor der Prüfung bekannt zu geben. <sup>3</sup>Die an der Hochschule Bochum üblichen Zitiervorschriften sind zu beachten.
- (7) <sup>1</sup>Liegen Tatsachen vor, die bei verständiger Würdigung den Anschein erwecken, dass die Prüfungskandidatin oder der Prüfungskandidat die Prüfungsleistung nicht ohne die Zuhilfenahme dritter Personen oder unter Verwendung unzulässiger Hilfsmittel erbracht hat, kann die Prüferin oder der Prüfer die Kandidatin oder den Kandidaten zu einem verpflichtenden Aufklärungsgespräch einladen. <sup>2</sup>An diesem Aufklärungsgespräch nehmen neben der Kandidatin oder dem Kandidaten die Prüferin oder der Prüfer sowie eine weitere Prüferin oder ein weiterer Prüfer oder eine Person teil, die im Sinne des § 14 Abs. 2 S. 1 der Rahmenprüfungsordnung als sachkundige Beisitzerin oder sachkundiger Beisitzer anzusehen ist. <sup>3</sup>Erscheint die Kandidatin oder der Kandidat nicht zu dem Termin des Aufklärungsgesprächs, gilt die Prüfung als mit 0 % („nicht ausreichend“) bewertet. <sup>4</sup>Bestätigt sich die Täuschungshandlung, ergeben sich die Rechtsfolgen aus § 10 RPO.
- (8) <sup>1</sup>Die Identität der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten ist zu überprüfen; § 13b Abs. 6 gilt entsprechend.
- (9) <sup>1</sup>Die Aufgabenstellung wird in der Regel in einem Videomeeting oder in Moodle bzw. EvaExam ausgegeben. <sup>2</sup>Näheres zur Ausgabe, Bearbeitung und Abgabe der Prüfungsaufgaben wird durch die Prüferin oder den Prüfer geregelt und bekannt gegeben.
- (10) <sup>1</sup>Bei der Abgabe hat die oder der Studierende schriftlich oder in elektronischer bzw. elektronisch gestützter Form zu versichern, dass sie oder er ihre oder seine onlinebasierte Open-Book-Prüfung selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe angefertigt hat und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(11) <sup>1</sup>Bei einer technischen Störung auf Seiten der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten nach Prüfungsantritt sind die Prüferin oder der Prüfer und das zuständige Studienbüro unverzüglich zu informieren. <sup>2</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten an den Prüfungsausschuss ist ein Rücktritt von der Prüfung möglich, der Prüfungsversuch gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

### **§ 14b Referate**

(1) <sup>1</sup>Durch das Halten eines Referats soll die Kandidatin bzw. der Kandidat nachweisen, dass er oder sie sich in ein Thema selbstständig einarbeiten kann, sachliche Zusammenhänge strukturiert sowie den Stand der wissenschaftlichen Diskussion in einem Thema im Rahmen eines Vortrags darzustellen vermag und dabei ggf. eigene Positionen finden, darlegen und begründen kann. <sup>2</sup>Dies umfasst die Fähigkeit zur Literaturrecherche und das Vermögen, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen.

(2) <sup>1</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann vorsehen, dass die Kandidatin oder der Kandidat vor dem oder zum Vortrag eine schriftliche Ausarbeitung der wesentlichen Inhalte (Handout) einreicht.

(3) <sup>1</sup>Referate können unter Zuhilfenahme elektronischer Kommunikationsmittel (Bild- und Tonverbindung, z. B. Videokonferenz oder Videotelefonat) gehalten werden; die Bestimmungen des § 14 Abs. 6 gelten sinngemäß. <sup>2</sup>Ein Rechtsanspruch auf eine Durchführung von außerhalb der Hochschule besteht nicht. <sup>3</sup>Die Identität der Kandidatin oder des Kandidaten ist festzustellen; sie oder er kann die in dem dafür verwendeten Dokument enthaltenen Angaben, die für die Identitätsprüfung nicht relevant sind, abdecken oder abkleben.

### **§ 15 Testate**

<sup>1</sup>Testate sind unbenotete Teilnahmebestätigungen über erfolgreich absolvierte (Labor-)Praktika. <sup>2</sup>Testate können beliebig oft wiederholt werden. <sup>3</sup>Die Vergabe der Testate obliegt den Lehrenden. <sup>4</sup>Einzelheiten können die Studiengangsprüfungsordnungen regeln.

### **§ 16 Praxissemester/Praxisphase**

(1) <sup>1</sup>Zur Sicherung des Praxisbezuges des Studiums kann von den Studierenden die Ableistung eines Praxissemesters oder einer Praxisphase verlangt werden. <sup>2</sup>Dies soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden, zu erproben und für die Praxis typische Problem- und Aufgabenstellungen zu erkennen sowie die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und für das weitere Studium auszuwerten und anzuwenden.

(2) <sup>1</sup>Das Praktikum kann auch im Ausland abgeleistet werden.

(3) <sup>1</sup>Der Fachbereichsrat kann die Betreuung des Praxissemesters oder der Praxisphase einer oder einem Beauftragten übertragen. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss bleibt zuständig für Widerspruchsverfahren.

## § 17 Fakultatives Auslandsstudium

(1) <sup>1</sup>Die Fachbereiche der Hochschule fördern im Hinblick auf die Internationalisierung der Arbeitswelt und die mit einem Auslandsaufenthalt verbundene Steigerung der Sozial- und Sprachkompetenz Auslandsstudien der Studierenden, indem sie versuchen, die Studienpläne der Bachelorstudiengänge so zu gestalten, dass es den Studierenden ermöglicht wird, die Prüfungsleistungen eines Semesters oder mehrerer Semester (je 30 Leistungspunkte) an einer ausländischen Hochschule im Rahmen eines fakultativen Auslandsstudiums zu erbringen. <sup>2</sup>Für Studierende, denen ein Auslandsaufenthalt nicht möglich ist, bemühen sich die Fachbereiche um geeignete alternative Lehrangebote (z. B. durch ausländische Gastprofessorinnen oder -professoren), die den entsprechenden Kompetenzerwerb in vergleichbarer Weise ermöglichen.

(2) <sup>1</sup>Die oder der Studierende soll an der Hochschule im Ausland dem jeweiligen Studiengang und dem individuellen Kompetenzerwerb dienliche Leistungen erbringen.

(3) <sup>1</sup>Die oder der Studierende erstellt auf der Basis des Studienangebots der ausländischen Hochschule einen Studienvertrag (Learning Agreement), der möglichst dem Studienprogramm des entsprechenden Studiengangs, in dem sie oder er eingeschrieben ist, entspricht. <sup>2</sup>Der Studienvertrag erhält die Aufstellung der Module bzw. Lehrveranstaltungen, die zu belegen sind; hierbei werden die entsprechenden Leistungspunkte ausgewiesen. <sup>3</sup>Der Studienvertrag wird von der oder dem Studierenden und der oder dem Studiengangsverantwortlichen unterschrieben, vom International Office gegengezeichnet sowie mit der zuständigen Koordinatorin oder dem zuständigen Koordinator an der ausländischen Hochschule abgestimmt. <sup>4</sup>Er soll vor Aufnahme des Auslandsstudiums geschlossen und bei eventuellen Änderungen aktualisiert und genehmigt werden.

## § 18 Abschlussarbeit

(1) <sup>1</sup>Abschlussarbeit in Bachelorstudiengängen ist die Bachelorarbeit bzw. Bachelorthesis; Abschlussarbeit in Masterstudiengängen ist die Masterarbeit bzw. Masterthesis. <sup>2</sup>In der Abschlussarbeit soll die oder der Studierende darstellen, dass sie oder er in der Lage ist, die wissenschaftlichen Methoden der Fachrichtung zur Lösung umrissener Aufgabenstellungen anzuwenden.

(2) <sup>1</sup>Die praxisorientierte Abschlussarbeit kann von jeder oder jedem betreut werden, die oder der gemäß dieser Rahmenprüfungsordnung zur Abnahme von Prüfungen befugt ist (vgl. § 7 Abs. 1). <sup>2</sup>Dem Wunsch der Kandidatin oder des Kandidaten nach einer bestimmten Betreuerin und Prüferin bzw. einem bestimmten Betreuer und Prüfer der Abschlussarbeit soll nach Möglichkeit entsprochen werden. <sup>3</sup>Die Betreuerin und Prüferin bzw. der Betreuer und Prüfer einer Abschlussarbeit wird von der oder dem zuständigen Prüfungsausschussvorsitzenden bestellt.

(3) <sup>1</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Abschlussarbeit machen. <sup>2</sup>Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des zuständigen Prüfungsausschusses dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat rechtzeitig ein Thema für eine Abschlussarbeit erhält.

(4) <sup>1</sup>Die Themenstellung für eine Abschlussarbeit ist von der Aufgabenstellerin oder dem Aufgabensteller so einzugrenzen, dass die Arbeit in der vorgeschriebenen Zeit zu einem Abschluss gebracht werden kann.

(5) <sup>1</sup>Die Abschlussarbeit kann auch als Gruppenarbeit mit deutlich abgegrenzten Arbeitsgebieten angefertigt werden.



(6) <sup>1</sup>Die schriftliche Darstellung ist in der Regel in deutscher Sprache anzufertigen. <sup>2</sup>Sie kann mit Genehmigung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und in Absprache mit der Betreuerin oder dem Betreuer auch in einer Amtssprache der Europäischen Union verfasst werden.

### **§ 19 Zulassung zur Abschlussarbeit**

(1) <sup>1</sup>Der Antrag auf Zulassung zur Abschlussarbeit ist an die Vorsitzende oder an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag auf Zulassung muss eine Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers darüber enthalten, ob im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Abschlussarbeit der Kandidatin oder des Kandidaten ohne Wiederholungsmöglichkeit als „nicht ausreichend“ bewertet worden ist.

### **§ 20 Ausgabe der Abschlussarbeit; Rückgabe des Themas**

(1) <sup>1</sup>Das Thema der Abschlussarbeit wird auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten von der Prüferin oder dem Prüfer ausgegeben. <sup>2</sup>Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die Prüferin oder der Prüfer das der Kandidatin oder dem Kandidaten gestellte Thema bekannt gibt; der Zeitpunkt ist beim Prüfungsamt aktenkundig zu machen. <sup>3</sup>Der spätest- (ggf. auch frühest-)mögliche Abgabetermin der Abschlussarbeit wird der Kandidatin oder dem Kandidaten bei der Ausgabe mitgeteilt.

(2) <sup>1</sup>Das Thema einer Abschlussarbeit als Bachelorarbeit kann von der Kandidatin oder dem Kandidaten nur einmal innerhalb von zwei Wochen, das Thema einer Abschlussarbeit als Masterarbeit nur einmal innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden.

### **§ 20a Verlängerung der Bearbeitungszeit aufgrund von Krankheit; Rücktritt von der Abschlussarbeit**

(1) <sup>1</sup>Bei Erkrankung der Kandidatin oder des Kandidaten kann auf Antrag die Frist für die Abgabe der Abschlussarbeit um insgesamt höchstens die Hälfte der in der jeweiligen Studiengangsprüfungsordnung festgelegten Bearbeitungszeit verlängert werden; eine entsprechende ärztliche Bescheinigung über eine Prüfungsunfähigkeit ist dem Prüfungsamt innerhalb von drei Kalendertagen nach Ausstellungsdatum im Original vorzulegen. <sup>2</sup>Gibt die oder der Prüfungsausschussvorsitzende dem Antrag statt, wird dies der Kandidatin bzw. dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt. <sup>3</sup>Die Verlängerung entspricht der Krankheitszeit.

(2) <sup>1</sup>Wird die ärztliche Bescheinigung nicht innerhalb von drei Kalendertagen nach dem Ausstellungsdatum vorgelegt, wird dem Antrag auf Verlängerung nicht stattgegeben. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt im Falle einer rückwirkend ausgestellten Bescheinigung. <sup>3</sup>Bei nicht fristgerechter Abgabe wird die Bachelorarbeit mit 0 % („nicht ausreichend“) bewertet.

(3) <sup>1</sup>Überschreitet die Dauer der Erkrankung die Hälfte der in der jeweiligen Studiengangsprüfungsordnung festgelegten Bearbeitungszeit, so kann die Kandidatin bzw. der Kandidat die Arbeit innerhalb der verlängerten Frist abgeben oder unter Rückgabe des Themas von der Abschlussarbeit zurücktreten. <sup>2</sup>Der Rücktritt von der Abschlussarbeit ist dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## § 21 Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit; Wiederholung

- (1) <sup>1</sup>Zur Fristwahrung ist eine digitale Fassung der Abschlussarbeit (PDF-Dokument) in elektronischer oder elektronisch gestützter Form (z. B. per E-Mail) beim Prüfungsamt einzureichen. <sup>2</sup>Die Prüferinnen oder Prüfer können zusätzlich ein schriftliches und mit geeigneter Bindung versehenes Exemplar verlangen, das ihnen von der Kandidatin oder dem Kandidaten direkt zuzusenden ist.
- (2) <sup>1</sup>Wird die Abschlussarbeit nicht fristgerecht eingereicht, gilt sie als mit 0 % („nicht ausreichend“) bewertet.
- (3) <sup>1</sup>Bei der Abgabe der Abschlussarbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat schriftlich zu versichern, dass sie oder er ihre oder seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren oder seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (4) <sup>1</sup>Die Abschlussarbeit wird von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet. <sup>2</sup>Eine der Prüferinnen oder einer der Prüfer soll die Betreuerin oder der Betreuer der Arbeit sein, die weiteren Prüferinnen und Prüfer von der oder dem zuständigen Prüfungsausschussvorsitzenden bestimmt. <sup>3</sup>Eine oder einer der Prüferinnen oder Prüfer muss eine hauptamtlich Lehrende oder ein hauptamtlich Lehrender der Hochschule Bochum sein.
- (5) <sup>1</sup>Die einzelne Bewertung ist entsprechend § 9 Abs. 3 vorzunehmen. <sup>2</sup>Die Note der Abschlussarbeit wird gemäß § 9 Abs. 4 aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, es sei denn, dass die Einzelbewertungen um mehr als 25 Prozentpunkte voneinander abweichen oder dass eine oder einer der Prüferinnen oder Prüfer die Arbeit mit weniger als 50 % („nicht ausreichend“) bewertet. <sup>3</sup>In diesen Fällen wird von der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden eine weitere Prüferin oder ein weiterer Prüfer zur Begutachtung der Abschlussarbeit bestimmt. <sup>4</sup>Danach wird die Note einvernehmlich von allen beteiligten Prüferinnen oder Prüfern der Abschlussarbeit festgelegt. <sup>5</sup>Ist kein Einvernehmen zu erreichen, entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss ohne die Stimmen der studentischen Mitglieder über die Note. <sup>6</sup>Die Bewertung der Abschlussarbeit ist der Kandidatin bzw. dem Kandidaten spätestens sechs Wochen nach der Abgabe mitzuteilen.
- (6) <sup>1</sup>Die Abschlussarbeit kann bei Nichtbestehen einmal wiederholt werden. <sup>2</sup>Eine mindestens mit 50 % bewertete Abschlussarbeit kann nicht wiederholt werden.

## § 22 Kolloquium; Wiederholung

- (1) <sup>1</sup>Die Abschlussarbeit kann durch ein Kolloquium ergänzt werden, soweit die jeweilige Studiengangsprüfungsordnung dies vorsieht. <sup>2</sup>Es dient der Feststellung, ob die Kandidatin oder der Kandidat befähigt und in der Lage ist, die Ergebnisse der Abschlussarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre interdisziplinären und fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbstständig zu begründen sowie ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen.
- (2) <sup>1</sup>Zum Kolloquium kann in der Regel nur zugelassen werden, wer
1. an der Hochschule Bochum für den jeweiligen Studiengang eingeschrieben ist,
  2. alle Testate erbracht und
  3. alle Prüfungen bestanden hat.
- (3) <sup>1</sup>Der Antrag auf Zulassung ist an die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. <sup>2</sup>Dem Antrag ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen

gen sowie darüber, ob einer Zulassung von Zuhörerinnen oder Zuhörern widersprochen wird, beizufügen.

(4) <sup>1</sup>Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung (§ 14) durchgeführt. <sup>2</sup>Es wird von den zwei bzw. - im Falle des § 21 Abs. 5 - mehreren Prüferinnen oder Prüfern der Abschlussarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet.

(5) <sup>1</sup>Die Bewertung des Kolloquiums erfolgt gemäß § 9 Abs. 3. <sup>2</sup>Das Kolloquium kann bei Nichtbestehen einmal wiederholt werden. <sup>3</sup>Ein mindestens mit 50 % bewertetes Kolloquium kann nicht wiederholt werden.

### **§ 23 Zeugnis; Urkunde; Diploma Supplement; Gesamtnote**

(1) <sup>1</sup>Die Bachelor- oder Masterprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Modulprüfungen mindestens mit 50 % und alle unbenoteten Prüfungsleistungen mit „bestanden“ bewertet wurden, alle vorgeschriebenen Testate erbracht und die Abschlussarbeit und ggf. das Kolloquium jeweils mindestens mit 50 % bewertet wurden.

(2) <sup>1</sup>Über die bestandene Bachelor- oder Masterprüfung wird möglichst innerhalb von vier Wochen nach Erbringung der letzten Prüfung bzw. des letzten Testats ein von der oder dem Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses unterzeichnetes Bachelor- oder Masterzeugnis ausgestellt. <sup>2</sup>Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Leistung erbracht wurde.

(3) <sup>1</sup>Zur internationalen und nationalen Bewertung und Einstufung des Abschlusses stellt die Hochschule Bochum ein englisch- und ein deutschsprachiges Diploma Supplement aus.

(4) <sup>1</sup>Ferner wird der Absolventin oder dem Absolventen eine von der Präsidentin oder dem Präsidenten unterzeichnete und gesiegelte zweisprachige (deutsch, englisch) Bachelor- oder Masterurkunde ausgehändigt. <sup>2</sup>Darin wird die Verleihung des akademischen Grades gemäß § 3 Abs. 3 beurkundet.

(5) <sup>1</sup>Das Bachelor- oder Masterzeugnis über die bestandene Bachelor- oder Masterprüfung enthält

1. die Gesamtnote der Bachelor- oder Masterprüfung,
2. die ECTS-Note entsprechend Absatz 7,
3. die Bezeichnungen der Module mit den Prüfungsnoten, bei unbenoteten Prüfungsleistungen ggf. den Eintrag „bestanden“, und den zugehörigen Leistungspunkten,
4. das Thema und die Note der Abschlussarbeit, ggf. die Note des Kolloquiums sowie die zugehörigen Leistungspunkte,
5. ggf. auf Antrag die Bezeichnungen und Noten der Prüfungen in zusätzlichen Modulen oder bei zusätzlichen unbenoteten Prüfungsleistungen den Eintrag „bestanden“.

(6) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Bachelor- oder Masterprüfung wird aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der einzelnen Modulprüfungen gemäß § 9 Abs. 4 ermittelt. <sup>2</sup>Die Studiengangsprüfungsordnungen können für curricular verankerte Auslandsstudiensemester oder -praktika abweichende Gewichtungsregelungen vorsehen. <sup>3</sup>In Bachelorstudiengängen gehen die Noten der Abschlussarbeit (Bachelorarbeit) und des Kolloquiums mit dreifachem Gewicht in die Gesamtnote ein.

(7) <sup>1</sup>Die ECTS-Note wird - bezogen auf den jeweiligen Studiengang - nach dem Europäischen Credit-Transfer-System nach folgender Einteilung vergeben, sobald eine Kohorte von mindestens 40 Absolventinnen oder Absolventen gebildet werden kann:

A	die besten	10%
B	die nächsten	25%
C	die nächsten	30%
D	die nächsten	25%
E	die nächsten	10%.

<sup>2</sup>Dabei werden die jeweils letzten 10 Semester (ohne das laufende Semester) in die Berechnung der ECTS-Note einbezogen.

(8) <sup>1</sup>Besteht die oder der Studierende die Bachelor- oder Masterprüfung nicht, erhält sie oder er auf Antrag ein Zeugnis über die insgesamt erbrachten Leistungen.

(9) <sup>1</sup>Die Bachelor- oder Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Prüfung oder die Abschlussarbeit oder das Kolloquium endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) oder eine unbenotete Prüfungsleistung endgültig mit „nicht bestanden“ bewertet worden ist.

### **III. Schlussbestimmungen**

#### **§ 24 Ungültigkeit von Prüfungen**

(1) <sup>1</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 23 Abs. 8 bekannt, kann der zuständige Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 23 Abs. 8 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung zu einer Prüfung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung über die Rechtsfolgen. <sup>3</sup>Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) <sup>1</sup>Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 23 Abs. 8 ist einzuziehen und ggf. neu zu erteilen. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Absatz 1 oder Absatz 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren nach Ausstellung des Zeugnisses ausgeschlossen. <sup>3</sup>Das Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rückgabe von Urkunden gilt entsprechend.

#### **§ 25 Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) <sup>1</sup>Nach Abschluss jeder Prüfungsleistung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten auf Antrag bis zu einem Jahr nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse Einsicht in ihre oder seine jeweiligen Prüfungsunterlagen, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen oder Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt. <sup>2</sup>Im Falle von elektronisch gestützten Prüfungen gemäß § 13b sind von der Prüferin oder dem Prüfer gegebenenfalls Ausdrücke der elektronischen Daten bereitzustellen.

(2) <sup>1</sup>Ort und Zeit der Einsichtnahme werden von den Prüferinnen und Prüfern geregelt. <sup>2</sup>Im Verhinderungsfall kann die Einsichtnahme auch bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses beantragt werden. <sup>3</sup>§ 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Bei der Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen dürfen Kopien oder sonstige originalgetreue Reproduktionen gefertigt werden. <sup>2</sup>Es liegt im Ermessen der Prüferin oder des Prüfers, ob wahlweise eine Kopie oder eine originalgetreue Reproduktion angefertigt werden darf. <sup>3</sup>Die Kopie bzw. originalgetreue Reproduktion ist nur für den privaten Gebrauch bestimmt und darf nicht veröffentlicht oder an Dritte weitergegeben werden. <sup>4</sup>Ggf. muss die oder der Studierende eine entsprechende Erklärung unterschreiben.

#### **§ 26 Übergangsregelungen; In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten**

(1) <sup>1</sup>Die Regelung zur Beurteilung von Prüfungsleistungen durch Prozente gem. § 9 Abs. 1 gilt für alle Studiengänge, deren Studiengangsprüfungsordnungen nach dem In-Kraft-Treten dieser Rahmenprüfungsordnung erlassen werden.

(2) <sup>1</sup>Diese Rahmenprüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft.  
<sup>2</sup>Gleichzeitig treten die Bachelor-Rahmenprüfungsordnung vom 16. März 2015, die zuletzt am 14. Mai 2018 geändert wurde (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 964) und die Master-Rahmenprüfungsordnung vom 16. März 2015, die zuletzt am 14. Mai 2018 geändert wurde (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 965) außer Kraft.